



Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung  
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des  
Ausschusses für Arbeit, Soziales,  
Pflege und Transformation  
Herrn Michael Hüttner, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz  
**18/1072**  
VORLAGE

DER MINISTER

Bauhofstraße 9  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2452  
Mail: poststelle@mastd.rlp.de  
www.mastd.rlp.de

*17.* Dezember 2021

Mein Aktenzeichen PuK	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail Dagmar Rhein-Schwabenbauer Dagmar.Rhein@mastd.rlp.de	Telefon / Fax 06131/16-2415
--------------------------	-------------------	---	--------------------------------

**5. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am  
9. Dezember 2021**

hier: TOP 1

**98. Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) am 1./2. Dezember 2021  
in Bremerhaven**

**Antrag gemäß § 76 (4) GOLT, Vorlage 18/804**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hüttner,

anlässlich der Erörterung des oben genannten Tagesordnungspunktes in der 5. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 9. Dezember 2021 habe ich zugesagt, den Mitgliedern des Ausschusses meinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Ausfertigung ist als Anlage beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schweitzer

- 1 -

Blinden und sehbehinderten Personen wird dieses Dokument  
auf Wunsch auch in für sie wahrnehmbarer Form übermittelt.



BR/GR

Mainz, den 2. Dezember 2021

Bearbeiter: Roland Schäfer

☎ 06131 16-2034

## Sprechvermerk

### **5. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Pflege und Transformation am 9. Dezember 2021**

hier: TOP 1

#### **98. Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) am 1./2. Dezember 2021 in Bremerhaven**

**Antrag gemäß § 76 (4) GOLT, Vorlage 18/804**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hüttner,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Die 98. Arbeits- und Sozialkonferenz fand am 1. und 2. Dezember 2021 unter dem Vorsitz der Freien Hansestadt Bremen statt. Aufgrund der steigenden Inzidenzen wurde sie - anders als ursprünglich geplant - digital durchgeführt.

Für die Bundesregierung nahmen Frau Staatssekretärin Gebers (BMAS) und Frau Staatssekretärin Seifert (BMFSJ) sowie eine Vertreterin des Bundesgesundheitsministeriums teil. Die Bundesagentur für Arbeit wurde durch Herrn Scheele vertreten. Seitens der Europäischen Kommission nahm der Kommissar für Beschäftigung und Soziale Rechte, Nicolas Schmit, teil.

Auch in diesem Jahr standen die Auswirkungen der Corona-Pandemie für die Arbeits- und Sozialpolitik im Mittelpunkt der Verhandlungen.

- Vor dem Hintergrund der Pandemie haben die Länder das Thema Vereinsamung und Isolation diskutiert. Die Länder begrüßen, dass zur Einsamkeitsbekämpfung auf Bundesebene Modellprojekte mit einem Fördervolumen von 5 Millionen Euro initiiert

- 2 -

Blinden und sehbehinderten Personen wird dieses Dokument auf Wunsch auch in für sie wahrnehmbarer Form übermittelt.



werden und bitten die Bundesregierung um einen Best Practice-Ergebnisbericht der 29 Modellregionen sowie eine Auswertung des bundesweiten Maltester-Projekts gegen Einsamkeit im Alter. Zudem bestand Einigkeit über das Ziel, in den Ländern unter Beteiligung von Akteuren in der Arbeit mit Menschen in sozial schwierigen Lagen einen Diskussionsprozess zu initiieren, mit welchen Maßnahmen wirksam Isolation und Vereinsamung vermieden werden kann. (TOP 5.1)

- Auf Antrag des Landes Rheinland-Pfalz hat sich die ASMK auch mit dem Schutz und der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen oder Pflegebedarf in Einrichtungen und unterstützenden Maßnahmen während der Corona-Pandemie beschäftigt. Die Erfahrungen, die während der Pandemie gemacht werden, sollen umfassend ausgewertet und bei der Entwicklung von Hygiene- und Teilhabekonzepten unter Pandemiebedingungen zugrunde gelegt werden. Hierfür haben die Länder die Bundesregierung gebeten, eine wissenschaftlich begleitete Studie auf den Weg zu bringen. Es sollen für alle relevanten Ebenen Leitfäden entwickelt werden. Ein entsprechender Prozess soll umgehend von der Bundesregierung unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände angestoßen werden (TOP 5.2).
- Ebenfalls auf Antrag des Landes Rheinland-Pfalz hat sich die ASMK mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Jugendliche am Übergang von Schule und Beruf befasst. Dass die aktuelle Situation auch Jugendliche belastet, ist unstrittig. Um einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf zu sichern, haben die Länder im letzten Jahr mit verschiedenen Maßnahmen reagiert. Vor diesem Hintergrund bitten die Länder die Bundesregierung, das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ im Hinblick auf Effizienz und Effektivität sowie weitere Möglichkeiten zu prüfen, um den Übergang von Jugendlichen in eine Ausbildung zu verbessern. Zudem fordern die Länder die Bundesregierung auf, den Austausch mit den Ländern zu suchen, um Möglichkeiten der Unterstützung von Jugendlichen ohne gesicherten Verbleib durch eine Reform des § 31a des Dritten Buches Sozialgesetzbuch zu prüfen, da der dahinterstehende Datenaustausch zwischen den Ländern und der BA juristisch und informationstechnisch komplex und der Erfolg der postalischen Ansprache der Jugendlichen durch die BA unserer Ansicht nach fraglich ist (TOP 5.10).



- Erwähnen möchte ich noch, dass sich die ASMK auch mit der gesetzlichen Verlängerung der Beitragsfreiheit für ärztliche Tätigkeiten in Impfzentren nach § 130 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch befasst hat. Die ASMK hat den Bund über die gesetzliche Regelung hinausgehend gebeten, die Beitragsfreiheit auch für Medizinische Fachangestellte und Pflegekräfte gemäß § 130 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch zu prüfen (TOP 5.11).
- Einstimmig fordert die ASMK die Bundesregierung auf, die Zusammenarbeit mit den Ländern in Bezug auf die Transformation der Arbeitswelt zu intensivieren. Insbesondere sollen die Länder frühzeitig über geplante Initiativen und Programme informiert werden.

Nur dann können die Länder auf die Maßnahmen des Bundes angemessen reagieren, ihre fachliche Expertise beisteuern und entsprechende Weichenstellungen vornehmen (TOP 5.12).

- Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren haben sich zum Ziel der Entschließung des Europaparlamentes, Obdachlosigkeit innerhalb der EU bis 2030 zu beenden, bekannt und wollen sich für eine länderübergreifende Strategie zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit einsetzen. Dabei betrachten die Länder *Housing First* als ein wichtiges Instrument. Vor einer Überführung in die Regelfinanzierung sollten zunächst die Rahmenbedingungen geklärt werden. Bei der Umsetzung des Ziels sollen die für Wohnungsbau und Stadtentwicklung zuständigen Ministerin der Länder und die Kommunen einbezogen werden (TOP 8.1).
- Auf Antrag des Landes Rheinland-Pfalz hat sich die ASMK auch mit den Auswirkungen der Flut befasst. Das verheerende Unwetter in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 hat den Norden und den Westen des Landes Rheinland-Pfalz sowie Teile von Nordrhein-Westfalen in einem unbeschreiblichen Ausmaß getroffen. Besonders im Ahrtal hat die Katastrophe immenses Leid und Schäden großen Ausmaßes verursacht. Viele Menschen haben ihre komplette Existenz verloren. Das hat auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Zahlreiche Arbeitsplätze sind gefährdet, weil Unternehmen in ihrem Geschäftsbetrieb beeinträchtigt sind.



In dieser dramatischen Krise geht es um einen Dreiklang: Erstens den Menschen akut zu helfen, zweitens finanzielle Hilfe zu schaffen, um sie in den Regionen zu halten und drittens neben dem Wiederaufbau der Infrastruktur die längerfristige Unterstützung für Unternehmen und Arbeitsplätze sicherzustellen, damit die Region insgesamt wieder auf die Beine kommt. Dafür benötigen die betroffenen Regionen die Hilfe des Bundes. Deshalb fordert die ASMK den Bund auf, ein Gesamtkonzept zur nachhaltigen und gezielten Unterstützung vorzulegen, das vor allem die Beschäftigten in den Regionen stärker in den Blick nimmt und ihre existenziellen Sorgen - vor allem durch Lohneinbußen durch das Kurzarbeitergeld, erhöhte Kosten der Unterkunft sowie gestiegene Mobilitätskosten - abmildert.

Wichtig ist es uns dabei auch, dass vor allem junge Menschen bis zum Alter von 27 Jahren die Möglichkeit erhalten, sich in der Region sozial zu engagieren. Um ihnen dabei auch eine Berufsperspektive, vor allem im Bereich des Handwerkes, aufzuzeigen, müsste der Bund sich an einer solchen modellhaften Maßnahme der Berufsorientierung finanziell beteiligen. Dem Antrag sind alle Länder beigetreten.

Die gefassten Beschlüsse können auf der Internetseite des Vorsitzlandes abgerufen werden.

Vielen Dank!